

25.08.2011 / Ansichten / Seite 8

Regierung untätig

Eisschwund in der Arktis

Wolfgang Pomrehn

Das arktische Eis schwindet. Das könnte ein Weckruf sein, aber vielleicht hat es in den letzten Jahren zu viele seiner Art gegeben. Mag sein, daß die Öffentlichkeit langsam abstumpft. Die ewigen Katastrophenmeldungen sind im Zusammenhang mit der Gewißheit von der hinter Sonntagsreden verborgenen faktischen Untätigkeit der Regierenden ja auch nicht gut auszuhalten. Da macht mancher schon mal dicht.

Derweil nimmt die Entwicklung ihren Lauf, wie die Neuigkeiten aus dem gar nicht mehr so ewigen Eis zeigen. Am Dienstag hat sich die Nordwestpassage zwischen den kanadischen Inseln geöffnet. Noch bis vor kurzem verriegelten dicke Eisbarrieren ganzjährig diese Route vom Atlantik in den Pazifik. Gleichzeitig hat das deutsche Forschungsschiff »Polarstern« auf seinem Weg zum Nordpol dort, wo sich früher mehrere Meter dickes Packeis türmte, nur dünnes einjähriges Eis gefunden. Beides ein Beleg für die fragil gewordenen Verhältnisse jenseits des Polarkreises. In ein, zwei oder spätestens drei Jahrzehnten wird das Polarmeer im Sommer eisfrei sein und damit das Klima der Nordhalbkugel total verändern. Schon jetzt liegen im Sommer mehrere Millionen Quadratkilometer Wasserfläche frei, so daß sie von der rund um die Uhr scheinenden Sonne erwärmt werden können. In der Folge steigen auch die Temperaturen in den Küstenregionen. Der Dauerfrostboden beginnt zu tauen, Häuser und Straßen verlieren ihre Eisfundamente, und in Westsibirien könnten auf der Jamal-Halbinsel schon bald die Fördereinrichtungen der Gasfelder gefährdet sein, aus denen Deutschland einen Großteil seiner Erdgasimporte bezieht.

Dennoch legen in Europa und Nordamerika die Regierenden die Hände in den Schoß. Noch nie wurden weltweit so viele Treibhausgase in die Luft geblasen wie 2010. Die internationalen Klimaschutzverhandlungen treten aufgrund des Widerstandes der Industrieländer seit Jahren auf der Stelle. Statt dessen werden zur Zeit in Kopenhagen Umweltschützer wegen harmloser Protestaktionen während des dortigen 2009er Klimagipfels zu aberwitzigen Haftstrafen verurteilt.

Auch hierzulande das gleiche Bild der Untätigkeit. Fast auf den Tag genau vier Jahre ist es her, daß die seinerzeitige große Koalition ein Ziel definierte. Bis 2020 sollen Deutschlands klimaschädliche Emissionen 40 Prozent niedriger sein als 1990. Das ist zwar noch lange nicht ausreichend, wäre aber immerhin ein großer Schritt in die richtige Richtung. Nur ist bis heute unklar, wie dieses Vorhaben umgesetzt werden kann. Nun hat die Bundesregierung Anfang der Woche erklärt, daß es in dieser Legislaturperiode kein Klimaschutzgesetz mehr geben wird. Statt dessen fördert sie den Bau von weiteren Autobahnen und vor allem von Kohlekraftwerken. Letztere sollen sogar subventioniert werden. Aus dem Klimaschutzfonds. Nach uns die Sintflut, scheint zum neuen Motto Berlins geworden zu sein.